Ludwigshafen
Stadt am Rhein

14.12.2017

Kooperationspartner im JuReLu erläutern Entwicklung der Jugenddelinquenz in den Jahren 2006 bis 2016

Die Kooperationspartner im Ludwigshafener Haus des Jugendrechts (JuReLu) erläuterten in einem Pressegespräch am Donnerstag, 14. Dezember 2017, die Entwicklung der Jugenddelinquenz in Ludwigshafen von 2006 bis 2016 und die Auswirkungen auf die Arbeit im JuReLu. Ansprechpartner waren Jürgen May, Leiter des Stadtjugendamtes und Gesamtprojektleiter JuReLu, Martin Baumann, Kriminalhauptkommissar, stellvertretender Leiter gemeinsames Sachgebiet Jugend bei der Polizeidirektion Ludwigshafen, Benjamin Mais, Jugendstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Frankenthal, Uwe Lucht, Geschäftsführer des "Pfälzischer Verein für Soziale Rechtspflege Vorderpfalz e.V." und Ernst Blickensdörfer, Leiter der Abteilung Jugendhilfe im Strafverfahren beim Stadtjugendamt.

"Im Ergebnis zeigen die vom Sachgebiet Jugendkriminalität der Polizei vorgestellten Zahlen, dass die Zahl der Jugendlichen und Heranwachsenden, die straffällig werden, seit Jahren kontinuierlich zurückgeht. Gleichzeitig begeht eine kleine Gruppe von Täterinnen und Tätern eine hohe Anzahl von Straftaten. Dies hat Auswirkungen auf die Arbeit der Partner im JuReLu", so der Gesamtprojektleiter des JuReLu, Jugendamtsleiter Jürgen May. "Zum einen gilt dies für die Polizei, die ihre Ermittlungstätigkeit auf diese Gruppe konzentriert, sowie für die Staatsanwaltschaft, die deutlich mehr Verfahren mit einer Anklageerhebung abschließt. Zum anderen reagiert die Abteilung Jugendhilfe im Strafverfahren des Stadtjugendamtes mit einem differenzierten Katalog von Hilfen, um dem höheren Förderbedarf junger Menschen gerecht zu werden", erklärte May. Dazu sei es wichtig, nicht nur auf Straftaten zu reagieren, sondern präventiv möglichst früh mit erzieherischen Hilfen bereits bei Strafunmündigen anzusetzen. Dafür wurde bereits im Jahr 2010 das Projekt Fibs, Frühe Intervention und Beratung Strafunmündiger, gestartet, das beispielsweise über die Unterstützung der Eltern durch Erziehungsbeistandschaften, soziale Gruppenarbeit, soziale Konfliktschlichtung oder die Vermittlung an eine Erziehungsberatungsstelle Kinder und Eltern begleitet. Wie May erläuterte, seien erste Auffälligkeiten im strafrechtlichen Bereich Indikatoren für andere Problemlagen. So seien durch die frühzeitige Intervention zum Beispiel schulische Krisensituationen geklärt und weitere Straftaten verhindert worden. "In über 60 Prozent der Fälle, in denen Kinder auffällig werden, führen wir Gespräche mit den Eltern und können Hilfen vermitteln. Bei den anderen Fallkonstellationen handelt es sich um Bagatellen, die die Eltern mit eigenen erzieherischen Maßnahmen ahnden", erklärte der Jugendamtsleiter.

Seit 2014 ist die Schulsozialarbeit organisatorisch im Fachdienst Jugendhilfe im Strafverfahren verortet und begleitet eng unter anderem ein Aufklärungsprojekt für 14-jährige Strafmündige. "Wir stellen insgesamt fest, dass die sozialpädagogische Begleitung von Kindern und Jugendlichen intensiver und aufwändiger wird. Wir verzeichnen unter anderem mehr Einzelkontakte und Elterngespräche", erläuterte Ernst Blickensdörfer, Leiter der Abteilung Jugendhilfe im Strafverfahren bei der Stadt. Er hob hervor, dass sich insbesondere die Kooperation mit der Schulsozialarbeit bei Präventionsmaßnahmen gut bewährt habe.

"Mit dem Projekt Spurwechsel bieten wir seit 2017 außerdem eine Interventionsmöglichkeit an, die sich an Intensivtäterinnen und Intensivtäter richtet, die an der Schwelle zur Haft stehen. In einer Erziehungsbeistandschaft in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendschöffengericht und der Polizei, mit hoher Kontrolldichte und zeitnaher Rückkoppelung an das Gericht, erhalten sie eine letzte erzieherische Hilfe und Chance", so May. Spurwechsel sei ein hervorragendes

Beispiel für das vernetzte Handeln des JuReLu mit vielen Kooperationspartnern. So arbeitet das JuReLu unter anderem mit dem Rat für Kriminalitätsverhütung eng zusammen.